



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Absichtserklärungen allein reichen nicht aus! Die Landesregierung muss eine Landeskoordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung einrichten.

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25.06.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

der Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung mag zwar aktuell ganz besonders im Fokus der Öffentlichkeit stehen, aber die NRW-Koalition von FDP und CDU hat von Anfang an einen Schwerpunkt auf Vielfalt und Chancengerechtigkeit gelegt.

Rassismus gegenüber People of Color ist im Alltagsleben nicht nur am rechten Rand anzutreffen, sondern auch bei unpolitischen Menschen, kleiner dosiert, nicht zwangsläufig in Gewalt ausartend, aber durchaus diskriminierend und verletzend.

Dabei ist Vielfalt das, was unsere Gesellschaft ausmacht, was sie lebendig hält. Vielfalt ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Vielfältige Gesellschaften sind erfolgreiche Gesellschaften. Und Erfolg darf sich nur an der Leistung des Einzelnen messen und niemals an unveränderlichen persönlichen Merkmalen.

Mit der Kampagne „IchDuWirNRW“ zeigt die Landesregierung ein Stück der Vielfalt unserer Heimat, bekennt sich zu dieser und präsentiert Vorbilder. Am 17. September 2019 ist NRW der "Koalition gegen Diskriminierung" beigetreten. Das MKFFI fördert die Arbeit der Integrationsagenturen in NRW mit bisher über 10 Millionen Euro. Dazu gehören auch derzeit 13 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit. Träger sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Servicestellen haben eine landesweite Zuständigkeit und sind gleichzeitig vor Ort an die Städte und Kreise angebunden. Sie bieten Betroffenen individuelle Beratung und Unterstützung an. Sie erforschen Diskriminierungsfelder, sensibilisieren zu Rassismus und Diskriminierung, unterstützen Institutionen und Organisationen bei der Erarbeitung von Antidiskriminierungskonzepten und erstellen Kampagnen zum Abbau von Vorurteilen und gegen Rassismus.

Im Haushaltsplan 2020 sind 3 Millionen Euro zusätzliche Mittel vorgesehen, um die Antidiskriminierungsarbeit sowohl inhaltlich als auch regional auszuweiten. Wir wollen vor allem den Zugang im ländlichen Raum verbessern.

In der Anhörung des Ausschusses wurde deutlich, dass im Bereich der Integrationsagenturen bereits Aufgaben der Koordinierung übernommen werden. So sind 13,5 Stellen für Koordinatoren zur inhaltlichen und organisatorischen Begleitung der Arbeit vorgesehen. Die themenbezogene Expertise einzelner Servicestellen wird für Ratsuchende aus ganz NRW genutzt.

Ebenso leisten die Servicestellen überregionale Gremienarbeit und bringen sich in landes- und bundesweite sowie internationale Netzwerke zur Antidiskriminierungsarbeit ein. Eine weitere Koordinierung der Arbeit der zivilgesellschaftlich getragenen Servicestellen wird deshalb nicht gebraucht und wäre mit der Gefahr von Doppelstrukturen verbunden.

Dies zeigt, dass der Antrag der SPD nicht sachgerecht ist. Wir werden ihn deshalb ablehnen. Ziel unserer Koalition und der Landesregierung ist vielmehr die Erarbeitung einer Antidiskriminierungsstrategie. Mit ihr sollen landesweit Rassismus und Diskriminierung strategisch und langfristig bekämpft werden. Am Ende wird diese Strategie dann auch organisatorische Fragen umfassen.

Sie sehen: Die Landesregierung ist keineswegs untätig. Wir wollen Diskriminierung abbauen, Menschen und Behörden sensibilisieren. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eint die vier Fraktionen dieses Hauses. Über die Mittel und Wege mögen wir allerdings nicht immer einer Meinung sein.

Seien Sie versichert: Die NRW-Koalition und die sie tragende Landesregierung wird sich auch weiterhin für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen.